

2013-01-23

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 24.10.2012

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:00 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Kolze, Jens

Fraktion der SPD

Eichelberg, Ingolf

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Fraktion NEUES FORUM

Tonndorf, Klaus

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Oberbürgermeister Koschig eröffnete die Sitzung und stellte die form- und fristgerechte Ladung fest. Derzeit waren 6 Mitglieder anwesend.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Der Tagesordnung wurde in vorliegender Form einstimmig angenommen.

Herr Oberbürgermeister Koschig stellte Nichtöffentlichkeit her.

4 **Genehmigung der Niederschriften vom 04.07.2012 und 12.09.2012**

Die Niederschrift vom 04.07.2012 wurde mehrheitlich bestätigt (07:00:03).

Zur Niederschrift vom 12.09.2012 merkte **Herr Oberbürgermeister Koschig** an, bezüglich der in der letzten Hauptausschusssitzung von Frau Nußbeck angesprochenen Kfz-Kennzeichen gebe es eine Entscheidung der Landesregierung, dass alle alten Kennzeichen zulässig sein sollen. Man warte allerdings die Ausführungsbestimmungen ab.

Die Niederschrift wurde mehrheitlich bestätigt (06:00:04).

5 **Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

Herr Oberbürgermeister Koschig gab folgende am 12.09.2012 gefassten nichtöffentlichen Beschlüsse bekannt:

- Wahl von Schiedspersonen für die Schiedsstellen I bis VII,
- Personalangelegenheit zur Bestellung Amtsleiterin 40,
- 7 Befristete Niederschlagungen von Gewerbesteuern, eine davon zusätzlich mit Grundbesitzabgaben,
- Stundungsverlängerung der auf den Sanierungsgewinn entfallenden Gewerbesteuer 2008,
- Vergabeangelegenheit zur Miete von Etagenkopierern,
- Vertagung einer Vergabeentscheidung in den zuständigen Fachausschuss.

6 **Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters**

Eilentscheidungen wurden nicht getroffen.

7 **Öffentliche Anfragen und Informationen**

Herr Oberbürgermeister Koschig informierte aufgrund einer Anfrage zum Verbleib einer Druckmaschine der Druckerei Ehrlich aus Roßlau, dass diese in das ehemalige Goethegymnasium gebracht und dann für den Unterricht genutzt werden könne.

Herr Dreibrodt verwies darauf, dass er vom Büro des Stadtrates nur 2 seiner 3 in der Sitzung des Stadtrates am 11.7.12 gestellten Änderungsanträge als Kopie erhalten hat mit der Begründung, dass der dritte Antrag in den Unterlagen fehlt. Er bat um Klärung.

Weiterhin bezog sich **Herr Dreibrodt** auf die nächste Einwohnerversammlung in der Elbe-Rosell-Halle in Roßlau und fragte, weshalb das dort stattfindet, denn als die Ortsbürgermeisterin in dem gleichen Zusammenhang dorthin einladen wollte, erfolgte der Hinweis auf die Sportstättenatzung, in der steht, dass in Stadien und Sporthallen jegliche politische Veranstaltungen untersagt sind. Weiterhin verwies er auf eine

diesbezügliche Klage mehrerer Instanzen. Im Urteil stehe, dass es sich um absolute Ausnahmen handeln müsse.

In dem bestrittenen Fall ging es um eine Parteiveranstaltung der CDU, entgegnete **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Bei dem in der Elbe-Rossel-Halle Versagten, hatte eine Bürgerinitiative bzw. der Ortschaftsrat eingeladen. Ein Ortschaftsrat könne aber keine Einwohnerversammlung durchführen, sondern nur der Oberbürgermeister. Hier handelt es sich um eine Einwohnerversammlung nach Gemeindeordnung, zu der der Oberbürgermeister im Auftrag des Stadtrates einlädt. In Umsetzung eines Stadtratsbeschlusses werde die Einwohnerschaft der Ortschaft Roßlau informiert. Er rechne mit einer guten Resonanz, so dass der Ratssaal zu klein wäre und es Verärgerung geben könnte. Die Elbe-Rossel-Halle sei auch für solche Veranstaltungen zugelassen.

Da die Elbe-Rossel-Halle eine Multifunktionshalle ist, wäre die Veranstaltung auf Einladungswunsch der Ortsbürgermeisterin möglich gewesen, erwiderte **Herr Dreibrodt**. So mussten viele Roßlauer Bürger draußen beschallt werden, weil sie nicht in die Kirche passten.

Die Kirche zu nehmen, habe sich als richtig erwiesen, denn diese habe 800 Sitzplätze, während die Elbe-Rossel-Halle nur 500 Plätze bietet, erklärte **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Bezüglich der Einwohnerversammlungen solle noch verstärkt Werbung betrieben werden.

Herr Schönemann erklärte, er finde die Vorgehensweise gut, denn es sei ein Prozess der Bürgerbeteiligung in ungeahntem Maße. Das Angebot so zu stellen, dass sich Leute einbringen, sei in dieser Stadt erstmalig.

8 Beschlussfassungen

8.1 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Dessau-Roßlau ab 2013 (Hebesatzsatzung) Vorlage: DR/BV/318/2012/II-20

Die Satzung wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 09:00:01

8.2 Änderung der Entschädigungssatzung Vorlage: DR/BV/303/2012/II-30

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

8.3 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im DK 0516 - Leistungen der Jugendhilfe Vorlage: DR/BV/299/2012/V-51

Der Vorlage wurde zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

8.4 Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung & Tourismus Anhalt GmbH (WTA) - Vorlage: DR/BV/280/2012/VI-80

Herr Beigeordneter Hantusch verwies auf die in der Gesellschafterversammlung festgelegte **Ergänzung im Punkt 3 des Beschlussvorschlages**: *„Dies schließt auch einen beabsichtigten Wechsel der Gesellschafter von der Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft Anhalt-Bitterfeld mbH auf den Landkreis Anhalt-Bitterfeld ein.“* Die Beschlussvorlage ist diesbezüglich zu ändern.

Herr Bönecke bemängelte als Vorsitzender des Finanzausschusses, dass der zuständige Fachausschuss nicht beteiligt wurde, obwohl eine erhebliche jährliche Verpflichtung mit der Vorlage aufgenommen wird. Mit der Beschlussvorlage Nr. 380/2008 habe sich die Stadt damals bereit erklärt, einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 17.504,40 € einzubringen. Hintergrund war, dass die Gesellschaft in Zahlungsschwierigkeiten steckt und wenn die Vorlage nicht bestätigt wird, beschließen man, dass die Gesellschaft in Insolvenz geht. Das sei in der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 10.12.2008 nachzulesen. Der Stadtrat hat der Vorlage und damit der Zahlung des Zuschusses mit der Maßgabe zugestimmt, dass in den Folgejahren ein Defizitausgleich der WTA durch die Stadt Dessau-Roßlau ausgeschlossen wird. Der Änderung des Gesellschaftsvertrages wurde zugestimmt. Hintergrund war die berechnete Befürchtung, dass auf die Stadt weitere Kosten zukommen. Heute soll beschlossen werden, dass künftig jährlich 66.665 € Zuschuss in die Gesellschaft durch die Stadt fließen sollen, was dem 5fachen des Stammanteils der Stadt entspricht. Vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung habe er dafür wenig Verständnis, weil die in der Vorlage aufgeführten Leistungen der WTA das nicht rechtfertigen. Er habe bisher die WTA nicht in der Form wahrgenommen, dass sie nachhaltig eine Wirtschaftsförderung für die Stadt geleistet hat. Deshalb stellte er die Frage, wofür dieser Betrag verwendet werden soll und ob sich die übrigen Gesellschafter zu einer analogen Zahlung verpflichtet haben.

Es sei richtig, dass es 2008 diesen Beschluss gab, stellte **Herr Beigeordneter Hantusch** fest, jedoch habe sich zwischenzeitlich einiges auf diesem Gebiet geändert. So gebe es eine Absprache zwischen dem Oberbürgermeister und den Landräten zur Aufteilung der regionalen Entwicklung. Man habe sich engagiert, um die WTA dahingehend zu reorganisieren, dass sie mehr für die Wirtschaftsförderung als für den Tourismus zuständig ist. Es mache Sinn, den Tourismus zu restrukturieren und zu einem regionalen Tourismus auszubauen. Das laufe gut und sei eine Entlastung für die Stadt, weil sie für das Bauhaus, das Dessau-Wörlitzer Gartenreich und für die Radwege zuständig sind. Die Arbeit könne als passabel betrachtet werden. Bezüglich der Restrukturierung der regionalen Wirtschaftsförderung sei man übereingekommen, dass die anderen Institutionen herausgeholt werden, wie z. B. die Sparkassen und nur noch die Vertreter der Gebietskörperschaften das machen sollen. Die Landesregierung habe für diesen Bereich 300 T€ zur Verfügung gestellt. Die Verwendung des Geldes wurde dargestellt, wobei man gut bedacht wurde, bspw. für das wirtschaftliche Entwicklungskonzept (SWOT-Analyse), für die Wirtschaft und andere Förderprojekte, wie Flughafen und Immobilienanalyse. Davon habe die Stadt erheblich partizipiert. Nach wie vor werde man auch von den Landkreisen als Oberzentrum gesehen, aber die Überlebensfähigkeit der Stadt sehe er mehr im regionalen Zusammenspiel. Man habe 3 Institutionen, die regionale Raumplanung, die regionale Wirtschaftsförderung und den regionalen Tourismus. Hier könne man sehen,

wie die regionale Zusammenarbeit wachsen kann, was auch die regionale Kostenaufteilung nicht ausschlieÙe. Zukünftig werde die Stadt Dessau-Roßlau mit den Kreisen eine Aufgabenverteilung erreichen und damit auch eine entsprechende Kostenteilung. Dieser Prozess sei ausbaufähig, weshalb die Stadt gut beraten ist, in diesem regionalen Kontext mitzumachen und eine gewisse Führerschaft auszuüben. In der Konzepterstellung sei man federführend.

Das Gesagte sei richtig, stellte **Herr Bönecke** fest, allerdings nehme er in dieser Dreieraufteilung wahr, dass Wittenberg sehr erfolgreich seinen Tourismus durchsetzt, dass Anhalt-Bitterfeld sehr erfolgreich seine Wirtschaftsförderung durchsetzt und die Stadt Dessau-Roßlau leider ihren Part Regionalplanung weniger erfolgreich wahrnimmt, zumindest was die Anbindung an bestimmte Entscheidungen anbelangt. Ansonsten wären bestimmte Projekte, auch im Stadtrat, vielleicht nicht so strittig gewesen. Wenn man ernsthaft Regionalplanung richtig betrieben hätte, dann wäre das Oberzentrum z. B. für einen Standort FOC von vornherein nur noch möglich gewesen, wenn man die Regionalplanung erfolgreich betrieben und verteidigt hätte, orientiert an den Interessen des Oberzentrums. Hier sollte darauf geachtet werden, dass vielleicht die Beteiligten nicht die jeweiligen Projekte sehr auf sich orientieren.

Das könne er nicht nachvollziehen, entgegnete **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Momentan liege man bezüglich des beschlossenen Regionalen Entwicklungsplanes mit dem Landesentwicklungsministerium im Clinch. Von der Regionalen Planungsgemeinschaft gebe es keine Zustimmung für ein dortiges FOC, auch keine Genehmigung von der Regionalen Planungsgemeinschaft für das FOC in Brehna/Sandersdorf, sondern wir haben als Stadt versucht, unsere eigenen Rechte wahrzunehmen.

Man hatte sich auf eine gemeinsame regionale Zusammenarbeit verständigt. Herr Koschig habe den Vorsitz der Regionalen Planungsgemeinschaft übernommen. In den 5 Planungsgemeinschaften in Sachsen-Anhalt liege man vorn, was nicht immer einfach sei. Mit der Untersuchung des demografischen Wandels habe man sich keine Freunde gemacht, nach wie vor sei es schwer, das unter die Leute zu bringen. In der Regionalen Planungsgemeinschaft gebe es aber eine gute kollegiale Zusammenarbeit.

Herr Dr. Weber warb für die Beschlussfassung zur Vorlage. In den letzten Jahren wurden kleine Schritte gemacht, um diese regionale Zusammenarbeit zu stärken. Wir zahlen weniger als die Partner der Regionalen Planungsgemeinschaft und des Regionalen Tourismusverbandes. Mit der Zusammenführung sei auf jeden Fall ein Quantensprung gelungen. Im Sinne einer gemeinsamen Zusammenarbeit, auch auf Wirtschaftsebene, welche weitere Schritte gehen soll bis hin zu einer gemeinsamen wirklichen Gesellschaft der regionalen Wirtschaftsförderer, plädiere er für die Bereitstellung der zusätzlichen Mittel.

Herr Schönemann verwies auf den damaligen Ausgangspunkt und den stattgefundenen Richtungsstreit der Gesellschaft. Hätte man hier nicht versucht, die Fäden zusammenzuknüpfen, wäre man an dieser Stelle schon weiter. Die Wittenberger werden diese Bauhausstadt nicht bewerben, wenn wir nicht das entsprechende Equipment auf den Weg bringen, was unser Part sei. Man könne sich nur gegenseitig befähigen, in dieser Richtung anders wahrgenommen zu werden. Insofern sehe er die 66.000 € im Moment als gut angelegtes Geld. **Herr Hantusch** korrigierte, es seien **bis zu 66.000 €**

Es komme immer darauf an, wie viele Mittel die Gesellschaft akquiriert, dazu brauche man sie in der Region, legte **Herr Oberbürgermeister Koschig** dar. Selbstverständlich habe man den Einwand von Herrn Bönecke zur Übernahme neuer Aufgaben in der Verwaltungsspitze diskutiert, wobei es keine neuen Aufgaben, sondern eine Umstrukturierung ist. Insofern habe man sich zu diesem Schritt auch verständigt.

Er wolle nicht grundsätzlich dagegen reden, sondern es gehe um die Informationen, entgegnete **Herr Bönecke**. Er nehme jetzt mit, dass die Verwaltung der Auffassung ist, dass es ein Multiplikator für die Stadt sein kann und wahrscheinlich auch sein wird. Vor dem Hintergrund, dass es nicht ganz so wenig Geld ist und der alte Beschluss mit dem Defizitausgleich besteht, **beantrage** er die **Aufnahme eines Punktes 7** im Beschlussvorschlag der Vorlage: „**Über die Ergebnisse der Arbeit der Wirtschaftsförderung & Tourismus Anhalt GmbH ist der Stadtrat jeweils im Zuge der Haushaltsberatungen zu unterrichten (jeweils für das vorangegangene Jahr).**“

Damit habe der Haushaltsausschuss jeweils die Begründung für die Einstellung der Mittel in das Folgejahr.

Dagegen wäre prinzipiell nichts zu sagen, günstiger sei aber, den Vertretern der Gesellschafterversammlung zu überlassen, einmal im Jahr über die Tätigkeit im zuständigen Ausschuss zu informieren, führte **Herr Oberbürgermeister Koschig** aus.

Die Berichterstattung solle im Wirtschafts- oder Finanzausschuss erfolgen, erwiderte **Herr Bönecke**. Bezüglich des Hinweises von Herrn Hantusch, dass das auch im Beteiligungsbericht stehen müsste, verwies Herr Bönecke darauf, dass dieser spät vorliege und kurz gefasst sei.

Herr Dr. Weber unterbreitete den Vorschlag, dass die WTA einmal im Jahr im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus berichtet.

Herr Hantusch erklärte, als **Ergänzung** des Einreichers werde als **Punkt 7** in den Beschlussvorschlag **aufgenommen**: „**Am Ende eines jeden Jahres ist dem Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus ein Kurzbericht über die Aktivitäten der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Anhalt-Bitterfeld/Dessau/Wittenberg mbH zukommen zu lassen.**“

Die Vorlage wurde geändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

12 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde beendet.

Dessau-Roßlau, 23.01.13

Oberbürgermeister Klemens Koschig
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schriftführerin